Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT **Groß-Umstadt, den 24.10.2024**

Niederschrift

33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 10.10.2024

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher
Herr Heiko Handschuh

Stadtverordnete/r
Herr Dennis Alfonso Muñoz
Herr Marvin Donig
Frau Pia Eckert-Graulich
Frau Marina Glorius
Frau Janina Holzapfel
Herr Matti Merker
Herr Dirk Mühlhahn
Frau Dr. Daniela Stoeckel
Herr Simon Weschenfelder
Frau Birgitt Engelhardt
Herr Dr. Jochen Ohl
Herr Alexander Pfau
Frau Beate Pfeffermann
Herr Stefan Bock
Herr Rüdiger Funck
Herr Stefan Jost
Herr Hansgeorg Münch
Frau Helga Weber
Herr Johannes Burghaus
Herr Karl Friedrich Emmerich
Frau Annette Huber
Herr Alexander Kreß
Herr Abdelaziz Mouami
Frau Daniella Sagnelli-Reeh
Herr Alwin Kreher
Frau Dr. Margarete Sauer

Bürgermeister
Herr Bürgermeister René Kirch

Magistrat
Frau Stadträtin Jutta Burghardt
Herr Stadtrat Horst Engelhardt
Herr Stadtrat Norbert Knöll
Herr Stadtrat Klaus Scheuermann
Herr Stadtrat Oliver Schröbel

Ortsvorsteher
Herr Karl-Heinz Dührig
Herr Karl-Heinz Prochaska

Schriftführer
Herr Bastian Junkermann

Verwaltung
Frau Lisa Wall

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Frau Tina Argyriadis	Entschuldigt
Frau Vanessa Marques	Entschuldigt
Herr Dieter Ohl	Entschuldigt
Frau Peggy Yvonne Pittner	Entschuldigt
Herr Dr. Jens Zimmermann	Entschuldigt
Herr Sven Blümlein	Entschuldigt
Herr Michael Engels	Entschuldigt
Frau Katja Köbler	Entschuldigt
Herr Holger Schütz	Entschuldigt
Frau Helga Berthold	Entschuldigt

Erste Stadträtin

Frau Erste Stadträtin Miriam Mohr	Entschuldigt

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst	Entschuldigt
Herr Stadtrat Karlheinz Müller	Entschuldigt
Frau Stadträtin Ursula Münch	Entschuldigt

Ortsvorsteherin

Frau Claudia Harms	Entschuldigt

Ortsvorsteher

Herr Udo Kalbfleisch	Entschuldigt
Herr Klaus Mahla	Entschuldigt

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Hamid Anzoul	Entschuldigt

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Ohl	Entschuldigt

Beginn der Sitzung: 20:10 Uhr
Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Tagesordnung:

33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.10.2024

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

2. Mitteilungen des Magistrats

2.1. Stand der Beschlüsse zum 10.10.2024
Vorlage: 910/0035/2024

2.2. Kita - Landesfreistellung § 32c HKJGB
Vorlage: 140/0115/2024

2.3. Eckwertebeschluss Haushalt 2024 (SPD/FDP/0001/2023)
Sicherung des historischen Archivguts, Bau eines Kreisarchivs und Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs
Vorlage: 150/0176/2024

2.4. Bauvorhaben „Altheimer Straße 4“ im Stadtteil Richen – Anpassung des Städtebaulichen Vertrages
Vorlage: 210/0276/2024

2.5. AG Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 340/0164/2024

2.6. Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2020 - Neuaufstellung
Vorlage: 340/0166/2024

2.7. Anfrage FDP-Fraktion Fuhrpark der Verwaltung
Vorlage: 910/0033/2024

3. Präsentation von Eckwertanträgen

4. Bebauungsplan "Semder Eck"

4.1. Bebauungsplan "Semder Eck" - Zustimmung zur Planungsvereinbarung
Vorlage: 210/0274/2024

4.2. Bebauungsplan "Semder Eck" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 210/0275/2024

5. Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre der Stadt Groß-Umstadt für den Geltungsbereich des zukünftigen Bebauungsplanes "Auf der Warth, 5. Änderungsplan" im Stadtteil Umstadt - Verlängerung der

Geltungsdauer gem. § 17 BauGB
Vorlage: 210/0277/2024

6. Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung)
Vorlage: 320/1384/2024

7. Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 340/0167/2024

8. Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 340/0168/2024

9. Priorisierte Umsetzungsbeschlüsse von Maßnahmen des fortgeschriebenen Klimaschutzkonzeptes 2013-2017 gemäß Beschluss der 24. Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2013 (Top 7)
Vorlage: 940/0010/2024

10. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Duschmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr in allen Stadtteilen
Vorlage: Grü/0035/2024

10.1. Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Duschmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr in allen Stadtteilen vom 07.10.2024
Vorlage: Grü/0036/2024

11. Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteher Heiko Handschuh eröffnet die 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen die Niederschrift der 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 02.10.2024 liegen keine Einwendungen vor.

Die TOP 3 und TOP 4 werden von der Verwaltung zurückgezogen.

Als neuer TOP 3 wird der TOP „Präsentation von Eckwertanträgen“ auf die Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27

Einstimmig beschlossen

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Heiko Handschuh teilt mit, dass alle Stadtverordneten der Verwaltung bitte anzeigen möchten, über welche Mitgliedschaften sie verfügen.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Kirch berichtet zu verschiedenen nachfolgenden Themen.

Es wird ein Servicecenter im UmStadtBüro aufgebaut. Ziel ist es den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger zu intensivieren und das Wissen zu anderen Aufgaben der Stadtverwaltung zu bündeln.

Im Bereich der Kindergärten gibt es eine angespannte Situation. Aus diesem Grund wurden die Betreuungszeiten im Haus der Kinder reduziert, Stellen werden zügig nachbesetzt, die Krankheitsquote bleibt dennoch hoch.

Das Winzerfest 2024 ist erfolgreich zu Ende gegangen, es gab eine starke Polizeipräsenz und ein positives Feedback was die Sicherheit auf dem Fest anging. Das Winzerfest verzeichnete mehr als 120.000 Besucher, Bürgermeister Kirch bedanke sich nochmals ausdrücklich beim DRK und allen ehrenamtlichen Helfern. Das Feedback der Standbetreiber steht noch aus, hier wird es intensive Gespräche geben. Bürgermeister Kirch nennt das Winzerfest als schönes Beispiel dafür, was in der Stadt gemeinsam erreicht werden kann., wenn alle an einem Strang ziehen. Das erweiterte Angebot des öffentlichen Nahverkehrs wurde gut angenommen, hier konnten im Vergleich zum Winzerfestbus im letzten Jahr Kosten in diesem Jahr gespart werden.

Die Baugebiete in Kleestadt und Wiebelsbach sind auf einem guten Weg was die Emissionsregelung angeht, Verträge mit dem Projektentwickler GKB sind unter Dach

und Fach. Anfang November gibt es hierzu einen öffentlichen Termin um über weitere Schritte zu sprechen
Bürgermeister Kirch berichtet über das Vorhaben der E-Netz in Richen Grundstücke zu erwerben. Diese Grundstücke sollen naturschutzfachlich aufbereitet werden um Ökopunkte zu erzielen und Ausgleichsflächen zu schaffen, hierzu fand eine Bürgerveranstaltung statt.

Es wurden einige Aufträge auf den Weg gebracht, unter anderem der Hochbehälter in Dorndiel, die Querungshilfe in der Semder Straße in Richen sowie die Außenlagen im Schwimmbad.

Bürgermeister Kirch berichtet zum angedachten Zukunftsforum der Stadt Groß-Umstadt, dieses geht auf einen Antrag der BVG zurück. Hierfür werden im nächsten Jahr Kernfragen erarbeitet, es existiert ein Fahrplan, der den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt wird. Im ersten Quartal des nächsten Jahres soll es hierzu eine Infoveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger geben.

Bürgermeister Kirch entschuldigt sich dafür, dass die Fraktionsvorsitzenden in diesem Jahr nicht zum Brunch und zum Empfang der Partnerstädte im Rahmen des Winzerfestes eingeladen worden waren. Dies war ein Versehen.

Zu TOP 2.1 **Stand der Beschlüsse zum 10.10.2024**
Vorlage: 910/0035/2024

Inhalt der Mitteilung

Stand der Beschlüsse zur Stadtverordnetenversammlung am 10.10.2024.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.2 **Kita - Landesfreistellung § 32c HKJGB**
Vorlage: 140/0115/2024

Bürgermeister Kirch teilt mit das er die beiden Satzungen, TOP 3„Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertageseinrichtungen Vorlage: 140/0118/2024“ und TOP 4 „Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertageseinrichtungen Vorlage: 140/0119/2024“ zu den Kitas zurückgezogen hat.

Dies geschah, da nicht alle Fragen beantwortet werden konnten. Es werden zunächst alle offenen Fragen geklärt, um die Vorlagen entsprechend zu ergänzen. Der Zuschuss des Landes Hessen ist befristet zum Ende 2025. Das zuständige Landesministerium wurde hierzu angeschrieben, bislang ist nicht klar ob ab dem 01.01.26 weiterhin die erstens sechs Stunden gebührenfrei sind.

Inhalt der Mitteilung

O.g. Landesförderung ist zur Re-Finanzierung des Kindertagesstättenbetriebes von erheblicher Bedeutung, jedoch nur bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2025 geregelt.

Die Regelung betrifft die Freistellung der ü3 Kinder vom Teilnahme- und Kostenbeitrag zum Besuch von Kindertagesstätten wie folgt:

§ 32c
Landesförderung für die Freistellung
vom Teilnahme- oder Kostenbeitrag

(1) Die Gemeinden erhalten unter den Voraussetzungen des Abs. 2 jährlich eine Zuwendung im Wege der Festbetragsfinanzierung in Höhe von bis zu

… 1 789,92 Euro im Jahr 2024 und

1 822,46 Euro im Jahr 2025

multipliziert mit der sich nach Satz 3 ergebenden Anzahl von Kindern. … Für die Berechnung ist die Anzahl der nach der Bundesstatistik der Bevölkerungsbewegung und der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember des vorletzten Kalenderjahres vor dem Zuwendungsjahr in der Gemeinde gemeldeten Kinder, die bis zum 31. Dezember des Zuwendungsjahres das dritte, vierte, fünfte oder das sechste Lebensjahr vollenden, maßgeblich, wobei die Zahl der Kinder, die das sechste Lebensjahr vollenden, zur Hälfte berücksichtigt wird.

(2) Die Zuwendung nach Abs. 1 Satz 1 setzt voraus, dass

1. jedes Kind, das eine Tageseinrichtung im Gemeindegebiet besucht, ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt vom vertraglich oder satzungsgemäß vereinbarten Teilnahme- oder Kostenbeitrag für die Förderung in einer Kindergartengruppe oder einer altersübergreifenden Gruppe nach § 25 Abs. 2 Nr. 2 oder 4 für einen Betreuungszeitraum von sechs Stunden täglich freigestellt ist und
2. für eine darüberhinausgehende vertraglich oder satzungsgemäß vereinbarte Betreuungszeit nur der diesem Zeitanteil entsprechende Teilnahme- oder Kostenbeitrag erhoben wird.

Mit Schreiben vom 06.06.2024 wurde das Hess. Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales nach der Fördergrundlage ab dem 01.01.2026 um Auskunft gebeten.
Am 16.07.2024 traf das Antwortschreiben ein – ohne eine verbindliche Auskunft zur Fortführung anzugeben. Auf zu führende Verhandlungen durch das Land Hessen wurde hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.3 **Eckwertebeschluss Haushalt 2024 (SPD/FDP/0001/2023)**
Sicherung des historischen Archivguts, Bau eines Kreisarchivs und Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs
Vorlage: 150/0176/2024

Zum Sachstand Archiv verweist Bürgermeister Kirch auf den SKS, hier gab es eine Mitteilung zum aktuellen Sachstand.

Inhalt der Mitteilung

Mitteilungsvorlage
Eckwertebeschluss Haushalt 2024 (SPD/FDP/0001/2023)
Sicherung des historischen Archivguts, Bau eines Kreisarchivs und Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs

Nachdem die im Stellenplan ausgewiesene 0,5 Stelle für das Stadtarchiv zum 01.01.2024 besetzt werden konnte, konnte auch mit der Umsetzung des Eckwertebeschlusses vom 20.07.2023 begonnen werden. Zunächst ist aber voranzustellen, dass die Stelleninhaberin im Rahme der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zwar schon Fortbildungen besucht hat, aber in den nächsten 2-3 Jahren Fortbildungen besucht werden müssen, um die Tätigkeit vollumfänglich wahrnehmen zu können.

1. **Bau eines Kreisarchivs**
   Von den insgesamt 25 angeschriebenen Archiven haben insgesamt 9 ein Interesse bekundet. Eine Kommune ist noch unschlüssig. Neun Kommunen haben kein Interesse, da sie bereits diesbezüglich gut aufgestellt sind. Von sechs Kommunen haben wir keine Rückmeldung erhalten.
   Im nächsten Schritt ist beabsichtigt, eine Umfrage bei den interessierten Kommunen zu dem Raumbedarf zu machen. Hierzu werden wir in Zusammenarbeit mit dem Kreisarchivar des Landkreises Darmstadt-Dieburg einen Fragebogen erstellen. Nach Auswertung der rückläufigen Fragebögen ist angedacht, Vertreter der interessierten Kommunen zu einem Informationsaustausch und zur Klärung von Fragen einzuladen.

2. **Beschädigtes Archivgut**
   Nachstehend erhalten Sie eine Auflistung der Archivalien, die in den Findbüchern als beschädigt gekennzeichnet sind.

Umstadt

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schaden
III	25	1	Centsatzrechnung	1764	beschädigt
IX	2	12	Grundzinsregister	um 1580, 1580 und 1582	beschädigt
X	6	5	Taxierung des Martini-Schlages	1747	beschädigt
X	44	1	Vormundseid	17. Jahrhundert	beschädigt
X	47	1	Vormundschaftsrechnung	1811-1812 und 1815	beschädigt
X	47	4	Vormundschaftsrechnung	1810-1818	leicht beschädigt
X	49	8	Vormundschaftsrechnung	1803-1811	leicht beschädigt
XV	7b	1a	Bürgermeisterrechnungen 27 Stück	1547-1602	zum Teil vermod
XVI	2	1	Rechnung des Almosen	1551-1566, 1599, 1644	schlechter Erhaltzustand
XVI	2	1a	Rechnung des Almosen	1629 und 1631	Bruchstücke
XVI	3	2	Rechnung des St. Nicolaus Altars	1547-1644	schlechter Erhaltzustand
XVI	7	1	Hospitalrechnung	1546, 1566, 1573, 1574	Bruchstücke

XVI	7	10	Hospitalrechnung	1704 und 1706	beschädigt
XVI	8	1	Hospitalrechnung	1711-1712	beschädigt
XVI	8	2	Hospitalrechnung	1713-1714	beschädigt
XVIII	50	1	Pförtnerbesoldung	1569	Relikt
XIX	7	2	Schriftverkehr der Schützenge-sellschaft	1639-1798	schlechter Erhaltungs-zustand
XXIII	2	25	Probebacken (Gewicht von Backwaren	1569	Relikt einer Seite
XXVI	1	9	Ortsbebauungsplan	1906	schlecht erhalten

Heubach

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schaden
XV-7b	19	6	Bürgermeisterrechnung	1682-1686	stark besc
XV-7b	19	8	Bürgermeisterrechnung	1695-1697	stark besc
XV-7b	54	2	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1787	beschädig
XV-7b	55	2	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung		

Kleestadt

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schad
XXI	47	1	Gewann- und Lagerbuch	1714	Brands

Klein-Umstadt

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schaden
IX	1	6	Fuhrfrondenrechnung	1529-1619	leicht ange
IX	1	14	Aufstellung der Kontributionen	1774	stark ange
XV-7b	80	5	Bürgermeisterrechnung	1627-1628	beschädig

Raibach

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schaden
XXI	5	1	Rügeregister	1749+1752	beschädig

Semd - Findbuch Jacobi

Abt	Konv	Fasz	Bezeichnung	Laufzeit	Schaden
X	2	19	Viehverkaufsprotokollbuch	1816-1817	Fragment vermodert
X	7	5	Güterversteigerungsprotokollbuch	1851-1868	defekt, oh
XV-7	18	16	Bürgermeisterrechnung	1786	beschädig
XV-7	18	17	Bürgermeisterrechnung	1787	stark besc
XV-7	19	5	Bürgermeisterrechnung	1800	stark besc
XV-7	19	6	Bürgermeisterrechnung	1804	beschädig
XV-7	19	9	Bürgermeisterrechnung	1811	beschädig
XV-7	20	1	Bürgermeisterrechnung	1812	beschädig
XV-7	20	2	Bürgermeisterrechnung	1814	stark besc
XV-7	20	3	Bürgermeisterrechnung	1815	beschädig
XV-7	20	6	Bürgermeisterrechnung	1819	stark besc
XV-7	20	7	Bürgermeisterrechnung	1823	stark besc
XV-7b	21	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1770	beschädig
XV-7b	21	3	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1776	stark besc
XV-7b	21	4	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1777	stark besc
XV-7b	22	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1778	stark besc
XV-7b	22	3	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1782	stark besc
XV-7b	23	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1783	beschädig

XV-7b	23	2	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1784	beschädigt
XV-7b	24	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1876	stark beschädigt
XV-7b	26	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1792	stark beschädigt
XV-7b	30	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1805	beschädigt
XV-7b	31	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1808	beschädigt
XV-7b	31	2	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1809	stark beschädigt
XV-7b	32	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1810	stark beschädigt
XV-7b	33	1	Urkunden zur Bürgermeisterrechnung	1814	stark beschädigt

Stichproben haben ergeben, dass es aber nicht unbedingt erforderlich ist, dass alle gekennzeichneten Archivalien restauriert werden müssen. So müssen z.B. Bürgermeisterrechnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, die an den Ecken angenagt sind, aber ansonsten lesbar sind, nicht restauriert werden. Anders verhält es sich mit Dokumenten, die durch Feuchtigkeitseinfluss vermodert sind und deren Seiten verklebt sind.
Ein weiteres Problem sind der Tintenfraß der durch die Verwendung von Eisengallustinte in den vergangenen Jahrhunderten entsteht.
Das aber derzeit größte Problem ist das säurehaltige Papier, das zwischen 1850 und bis ca. 1980 verwendet wurde. Dieses Papier altert schneller, wird brüchig und ist von einem früheren Verfall betroffen. Das sieht man im Archiv vor allem an den Odenwälder Boten, die wir von 1874-1927 mit Lücken und ab 1950 lückenlos haben. Der Zerfall dieses Papieres kann durch eine in Archivkreisen verstärkt eingesetzt Massenentsäuerung hinausgezögert werden. Hierfür müssten Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Auch wenn hierzu das Land immer wieder mal Fördermaßnahmen einstellt, sind immer noch Eigenmittel zwischen 20 und 50 % erforderlich.
Weiterhin befinden sich im Archiv über 100 Geburtsbriefe, Schuldverschreibungen, Kaufbriefe etc., die auf Pergament geschrieben sind, Alle Urkunden befinden sich in dem ursprünglich gefalteten Zustand und sind zum Teil auch durch Feuchtigkeitseinflüsse gewellt. Diese Pergamente müssen geglättet werden.
Es ist aber darauf hinzuweisen, dass es sich bei den oben genannten Dokumenten nicht um alle „beschädigten“ Dokumente handelt. Hierfür müssen alle rund 25.000 Faszikel durchgeschaut und geprüft werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass zunächst in einem ersten Schritt die Odenwälder Boten der Jahre 1874-1927 einer Massenentsäuerung unterzogen werden sollten, da diese Zeitschriften zu den am häufigsten vorgelegten Archivalien gehören

Verschiedene Schadensbilder sind als Anlage beigefügt.

3. Digitales Stadtarchiv
Hierzu wurde inzwischen im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit auf Kreisebene ein digitaler Archivverbund ins Leben gerufen. Es ist beabsichtigt, dass die Stadt Groß-Umstadt ab dem 01.01.2025 diesem Verbund beitritt. Aufgabe des Verbundes ist
- die Bereitstellung eines digitalen Langzeitarchivs für alle Mitglieder
- die gegenseitige Unterstützung bei Fragen der digitalen Langzeitarchivierung
- die Administration des Systems (durch Stadtarchiv Darmstadt)

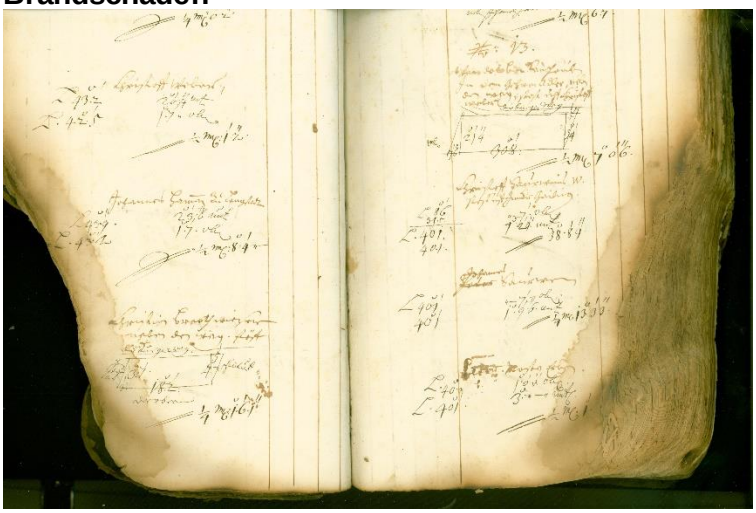
Sobald die Stadt Groß-Umstadt dem digitalen Archivverbund beigetreten ist, könnte mit einer Digitalisierung des Archivguts begonnen werden. Sinnvoll ist dies aber erst, wenn sämtliche Faszikel, die jetzt noch in Findbüchern auf Papier vorliegen, in das Archivinformationssystem „Arcinsys“ eingegeben sind. Zurzeit sind vom Groß-Umstadt rund 2/3 der Faszikel erfasst. Mit einer vollständigen Erfassung des restlichen Drittels und der Findbücher der Ortsteile ist frühestens Mitte des nächsten Jahres zu rechnen. Dann erst macht auch eine Digitalisierung Sinn, da die digitalisierten Dokumente mit der Verzeich-

nung in Arcinsys verknüpft werden müssen.
Daher ist die Anschaffung eines geeigneten Scanners auf jeden Fall in 2026 erforderlich. Die Kosten dafür belaufen sich auf 25.000 bis 40.000 €. Für großformatige Pläne fallen aber noch zusätzliche Kosten für Fremdanbieter an.

Alternativ:
Daher ist die Anschaffung eines geeigneten Scanners auf jeden Fall in 2026 erforderlich Für einen Archivscanner mit einer sehr guten Auflösung und für Formate bis A 0 muss mit Kosten von bis zu 40.000 € gerechnet werden. Allerdings müssen großformatige Pläne immer noch an Dienstleister gegeben werden, wofür weitere Kosten anfallen.

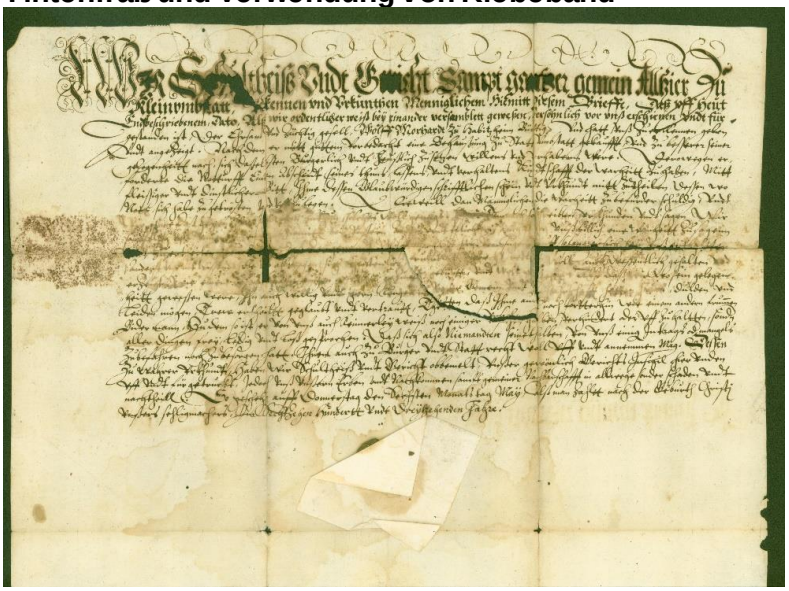
Schadensbilder

Brandschaden



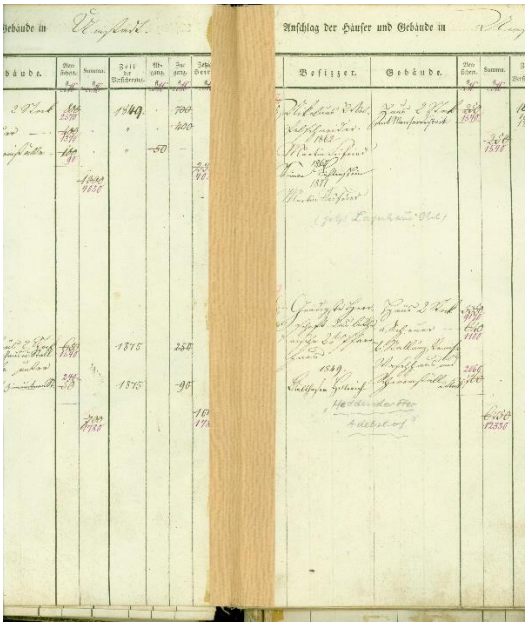
Dieses Flurbuch der Gemeinde Kleestadt ist zwar durch einen Brand beschädigt, es kann aber problemlos darin geblättert und gelesen werden. Eine Restauration ist nicht erforderlich. Die zerstörten Teile können dadurch auch nicht wiederhergestellt werden.

Tintenfraß und Verwendung von Klebeband



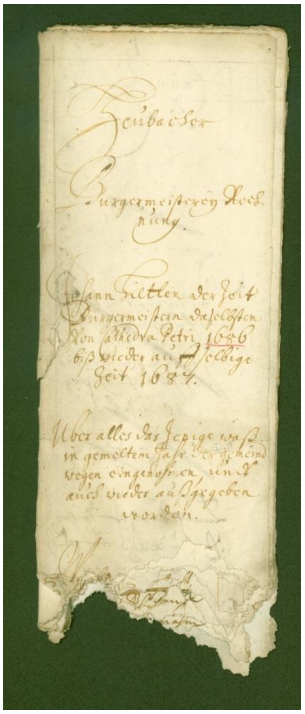
Dieser Leumundsbrief zeigt gleich zwei Schadensbilder. Zum einen den Tintenfraß, den man an den Löchern, die die Tinte in den oberen Teil des Dokuments gefressen hat und

der auch für das Brechen an den Knickstellen verantwortlich ist. Weiterhin wurde in früheren Jahren versucht, mit einem rückwärtigen Klebeband die Bruchstellen zu kleben. Das hat aber zu einem Schaden an der Schrift geführt, so dass diese nur noch kaum oder gar nicht zu lesen ist. Hier ist eine Restauration erforderlich. Unter Umständen, kann dabei auch die Schrift wieder lesbar dargestellt werden.



Bei diesem Brandkataster aus dem Jahr 1823 wurde mit Heftpflaster teilweise über die Beschriftung geklebt. Hier ist eine Restauration erforderlich, bei der das Heftpflaster entfernt wird. Hier ist auch eine Erneuerung der Bindung dringend erforderlich.

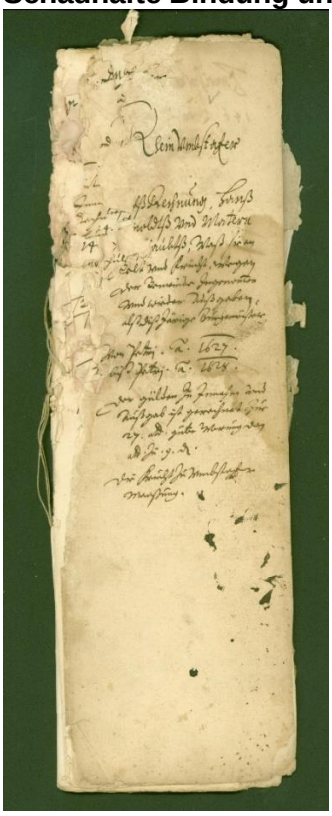
Schadhafte und fehlende Stellen



Bei dieser Bürgermeisterrechnung fehlt durch eine unsachgemäße Behandlung oder Schädlingsfraß im unteren Bereich ein Teil. Aber dennoch kann darin geblättert und gelesen werden. Bei einer Restaurierung könnte der fehlende Text auch nicht wiederherge-

stellt werden.

Schadhafte Bindung und Schäden am Papier



Bei dieser Bürgermeisterrechnung ist die Bindung schadhaft und sie ist dadurch im oberen linken Teil beschädigt. Hier ist eine Restaurierung erforderlich, da ein Blättern in dieser zu weiteren Schäden führen würde.

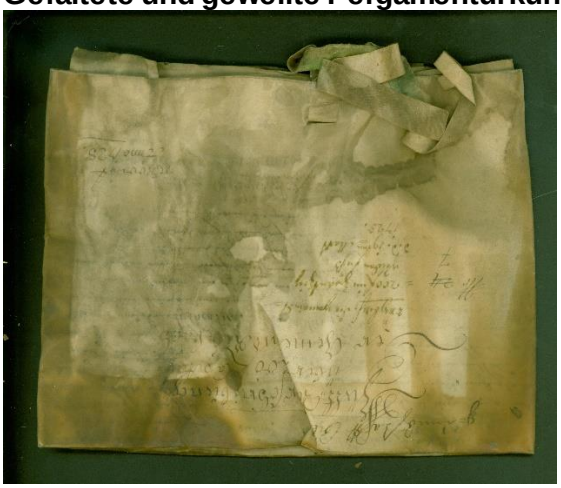
Vermoderte Archivalien



Diese Bürgermeisterrechnung ist stark vermodert und durch unsachgemäße Lagerung

verknickt. Ein Blättern und Lesen in dem Dokument ist unmöglich, da die die völlige Zerstörung zur Folge hätte.

Gefaltete und gewellte Pergamenturkunde

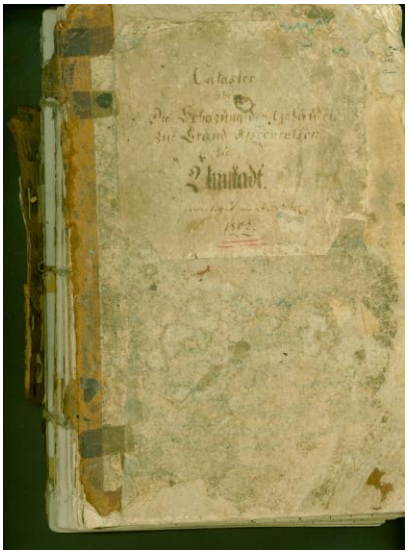


Diese Urkunde befindet sich noch in dem ursprünglich gefalteten Zustand und ist durch Feuchtigkeitseinflüsse gewellt. Eine Glättung und Restaurierung ist erforderlich, damit der beeinträchtigte Text wieder lesbar wird.

Lose Bucheinbände

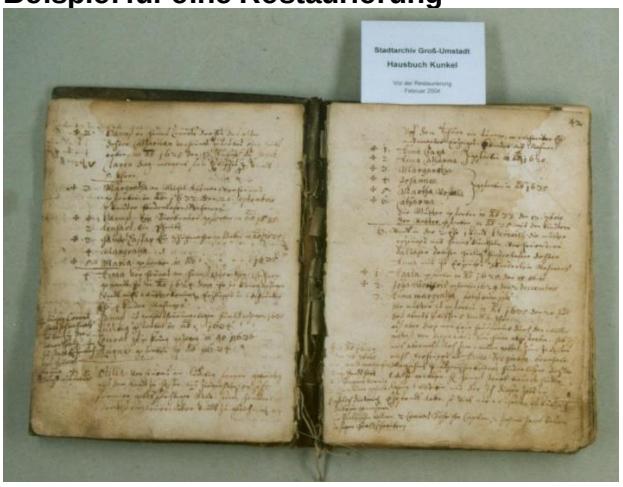


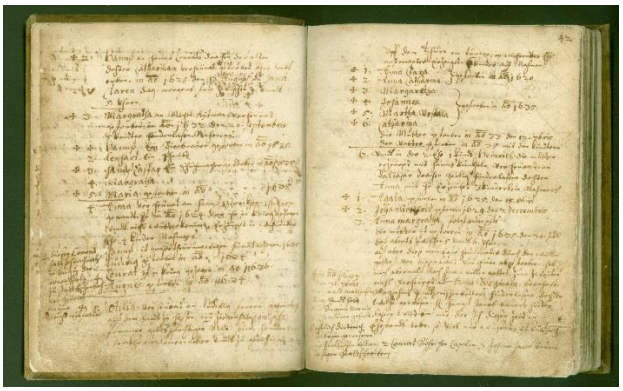
Bei diesem Ratsprotokollbuch ist der Einbandrücken beschädigt. Die Bindung ist aber noch intakt, so dass in diesem Buch problemlos geblättert und gelesen werden kann. Anders verhält es sich mit Büchern bei denen auch die Bindung geschädigt ist, oder der Einband historisch wertvoll ist.



Bei diesem Brandversicherungskataster von 1802 ist der Buchrücken lose und fehlt großteils. Die Bindung hält noch und man kann auch problemlos darin blättern. Da es sich aber um ein Buch handelt, das sehr oft für Recherchen vorgelegt wird und jede Nutzung zu einem weiteren Schaden führen kann, ist hier eine Restaurierung erforderlich.

Beispiel für eine Restaurierung





Das obere Bild zeigt das Hausbuch des Bürgermeisters Heinrich Kunkel vor der Restaurierung und das untere danach.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.4 **Bauvorhaben „Altheimer Straße 4“ im Stadtteil Richen – Anpassung des Städtebaulichen Vertrages**
Vorlage: 210/0276/2024

Bürgermeister Kirch berichtet zur Vorlage „Anpassung städtebaulicher Vertrag Altheimer Straße. Änderung wurde vorgenommen. Leistungsbezieher können die Wohnung nutzen.

Inhalt der Mitteilung:

Der von der Stadtverordnetenversammlung am 21.03.2024 beschlossene Städtebauliche Vertrag mit der Altheimer Straße 4 GbR in Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „Altheimer Straße 4“ im Stadtteil Richen wird in § 6 zum festgelegten Mietpreis wie folgt geändert:

Die Miete für diese geförderten Wohnungen beträgt **8,80 €/m² - sofern der Energiestandard für ein klimafreundliches Wohngebäude mit zusätzlicher Nachhaltigkeitszertifizierung KFWG-Q erreicht wird**

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.5 **AG Haushaltskonsolidierung**
Vorlage: 340/0164/2024

Bürgermeister Kirch berichtet zur Arbeit der AG Haushaltskonsolidierung: Diese wurde vom Magistrat eingerichtet und hat im Frühjahr des Jahres in der Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Die AG hat sich unter anderem mit der Aufgabe beschäftigt, zu den höchsten Dienstleitungskosten entsprechende Einsparvorschläge zusammenzufassen. Am 01.11. ist die nächste Sitzung der AG geplant. Die AG hatte sich unter anderem vorgenommen, alle Gebäude der Stadt Groß-Umstadt unter die Lupe zu nehmen, bzgl. Nutzung und unentgeltliche Nutzung. Ziel ist es in der Stavo im November über Einsparvorschläge zu beraten.

Inhalt der Mitteilung

Stand der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2023, TOP 13.1.2.6

Mit Stadtverordnetenbeschluss TOP 13.1.2.6 wurde der Magistrat beauftragt, bis zum 30.06.2024 ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, das nach aktuellem Stand in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt garantiert.

Daraufhin wurde aus Vertretern des Magistrates und Vertretern aller Fraktionen eine

Arbeitsgruppe gebildet, die sich bereits in den letzten Monaten mit der Aufgabe auseinandergesetzt hat.

Die Budgetverantwortlichen der Stadtverwaltung wurden beauftragt, ihre Budgets auf Einsparpotenziale ab dem Haushaltsjahr 2025 zu prüfen und diese Ergebnisse in der Arbeitsgruppe zu präsentieren.

Die Abteilungen haben sich mit dieser Aufgabe intensiv auseinandergesetzt und Vorschläge erarbeitet, um auf lange Sicht Prozesse zu optimieren und nachhaltig Mittel einzusparen.

Damit alle Abteilungen ihre Vorschläge präsentieren können und die Vorschläge intensiv beraten werden können, wurde ein Terminplan erstellt, der aufgrund der Anzahl der Präsentationen bis zum 22.08.2024 reicht.

Aus diesem Grund wird ein Ergebnis der Arbeitsgruppe erst nach diesem Termin vorliegen.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.6 Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2020 - Neuaufstellung
Vorlage: 340/0166/2024

Der Jahresabschluss 2020 wurde vorgelegt. Bürgermeister Kirch bezieht sich daneben auch direkt auf die Abschlüsse der Jahre 2018 und 2019 und stellt die Tops direkt vor. Er dankt der Finanzverwaltung für ihre Arbeit.

Inhalt der Mitteilung

Der Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2020 wurde neu aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.7 Anfrage FDP-Fraktion Fuhrpark der Verwaltung
Vorlage: 910/0033/2024

Bürgermeister Kirch erläutert die Anfrage. Die Anfrage Fuhrpark der FDP wurde im HUF beantwortet. Bürgermeister Kirch betont, dass Fahrzeuge immer Kosten auslösen. Es sei daneben aber auch wichtig, sich mit Konsolidierungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen. So werde von der Verwaltung bei jeder Neuanschaffung immer auch die Wirtschaftlichkeit mitbetrachtet. Die Verwaltung achtet weiterhin darauf, wel-

ches Fahrzeug überhaupt benötigt wird. Das Leasing zweier Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks läuft dieses Jahr aus.

Inhalt der Mitteilung

Es ist unbestritten, dass der Fuhrpark der Verwaltung erhebliche Kosten verursacht.

Nachfragen und Beschlüsse zu Verfahrensweisen bei Neuanschaffungen, Abrechnungen u.a. durchziehen die Protokolle der Magistratssitzungen wie ein „roter Faden".

Die letzte (uns vorliegende) Sachstandsmitteilung erfolgte zu Jahresbeginn. Unseres Wissens ist die von Stadtrat Scheuermann angeforderte neue Liste bislang nicht vorgelegt worden.

Deshalb halten wir es für sinnvoll, die angefragten Differenzierungen jetzt noch einzuarbeiten.

Was den Einsatz von HVO-Diesel angeht, so ist uns bewusst, dass der Kraftstoff zurzeit noch deutlich teurer ist als herkömmlicher Diesel und dass es im Landkreis noch zu wenig erreichbare Tankstellen gibt.
Da Deutschland hierbei aber wie so oft innerhalb Europas der Nachzügler ist, bitten wir das als mittelfristigen Prüfauftrag zu verstehen.
HVO-Diesel kann die CO2-Emissionen im Vergleich zu herkömmlichem Diesel um bis zu 90 % reduzieren, die Feinstaubbelastung um bis zu 30 %.
HVO-Diesel ist zudem ein Schritt zur Diversifizierung der Energiequellen und erhöht die Energieunabhängigkeit.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 3 **Präsentation von Eckwertanträgen**

Stadtverordneter Dr. Ohl präsentiert vier Änderungsanträge der CDU-Fraktion. zum Haushalt 2025

1. Die CDU sieht eine Erneuerung der Beleuchtung der Bühnen- und Hallenbeleuchtung der Stadthalle kritisch angesichts knapper Kassen. Die Umrüstung der Beleuchtung der Stadthalle soll abgeplant werden.
2. Bei der Beschaffung von Fahrzeugen für die Ordnungspolizei soll geprüft werden, ob nicht auch gebrauchte Fahrzeuge – etwa aus Beständen des Landes – erworben werden können. Geplante Maßnahmen solle abgeplant werden.
3. Basketballkörbe oder ähnliche Spielgeräte sollen in allen Ortsteilen für Kinder und Jugendliche aufgestellt werden. Ein Sponsoring soll geprüft werden
4. Die CDU beantragt 10.000€ für die Erhöhung der Verkehrssicherheit zu investieren. Hierfür sollen beispielsweise Verkehrsspiegel an ausgewählten Ecken angebracht werden.

Zu TOP 4 **Bebauungsplan "Semder Eck"**

Bürgermeister Kirch erläutert die beiden Vorlagen und berichtet von der Beratung im Bauausschuss.

BGM führ ins Thema ein. Die Vorlage wurde ausführlich im Bauausschuss behandelt. Das Semder Eck soll durch Hessen Mobil ertüchtigt werden um einen besseren Verkehrsfluss zu gewährleisten. Unabhängig davon laufen die Planungen zum vierspurigen Ausbau der B45. Hessen mobil hat um einen Bebauungsplan gebeten. Es gilt die Planungsvereinbarung das Hessen Mobil die Kosten hierfür übernimmt, sowie die Vereinbarung Aufstellungsbeschluss Umbaumaßnahmen durchzuführen.
Beide Punkte wurden durch den Bauausschuss haben empfohlen. Richen und Semd haben ebenfalls dafür votiert.

Stadtverordneter Burghaus merkt an, dass der Hauptverkehr ist am Semder Eck und an der Kompostanlage stattfindet. Seine Fraktion hofft darauf, dass durch eine Ertüchtigung der Kreuzung eine Versiegelung von Flächen durch einen vierspurigen Ausbau der B45 obsolet wird. Seine Fraktion signalisiert Zustimmung, würde aber eine Verkehrszählung als sinnvoll erachten. Er merkt zudem an, dass ein behindertengerechter Ausbau zwar in der Planung enthalten ist, Stellplätze für E-Bikes und Fahrräder jedoch nicht.

Stadtverordneter Dr. Ohl spricht für die Fraktion der CDU und verbindet mit dem Ausbau die Hoffnung auf verkehrliche Entlastung. Auch er hofft, dass der vierspurige Ausbau der B45 nicht erforderlich sein wird, die Planung hierzu sollte evtl. neu bewertet werden. Die CDU-Fraktion signalisiert ebenfalls Zustimmung für den Antrag.
Stadtverordneter Jost stimmt dem zu und betont ebenfalls die Hoffnung, dass der Ausbau der B45 nochmals überdacht werden kann, da er zu viele Flächen verbrauche.

Stadtverordneter Kreher spricht für die Fraktion der FDP und signalisiert ebenfalls Zustimmung. Er merkt an, dass, obwohl in den Ausschusssitzungen ein Vorschlag des Ortsbeirates Semd fiel, einen Park and Ride Parkplatz zu erstellen, dies aufgrund der Kurzfristigkeit leider nicht möglich war. Der P&R Parkplatz sollte auch bei Ausbau ermöglicht werden.

Stadtverordneter Dr. Ohl sieht einen Park and Ride Parkplatz kritisch, dass es das Verfahren nicht nur verzögern würde, sondern die Kosten hierfür auch an der Stadt hängen bleiben. Auch sei nicht klar, wie das Semder Eck aussehen wird, sollte der vierspurige Ausbau der B45 kommen. Dies könnte mit einem Parkplatz kollidieren.

Stadtverordneter Donig signalisiert ebenfalls Zustimmung zur Vorlage.

Zu TOP 4.1 **Bebauungsplan "Semder Eck" - Zustimmung zur Planungsvereinbarung**
Vorlage: 210/0274/2024

Beschluss:

Der vorliegenden Planungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Hessen – endvertretend durch Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement, Standort Darmstadt sowie der Stadt Groß-Umstadt, vertreten durch den Magistrat der Stadt Groß-Umstadt wird zugestimmt.

Gegenstand der Vereinbarung ist die Aufstellung eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes für die Realisierung des leistungsfähigen Ausbaues des Semder Kreuzes.

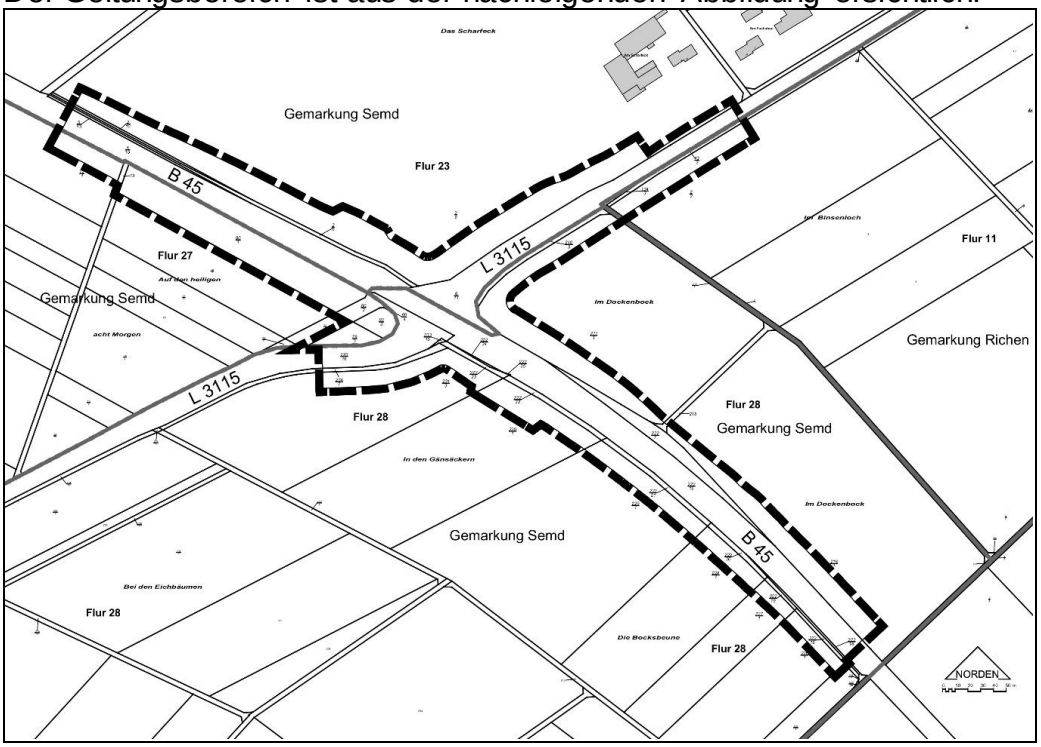
Abstimmungsergebnis:
Ja 26
Enthaltung 1 (BVG)
einstimmig beschlossen

<u>Zu TOP 4.2</u> **Bebauungsplan "Semder Eck" - Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: 210/0275/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet um die Kreuzung B 45 / L 3115 in den Gemarkungen Semd und Richen.
Der Bauleitplan erhält die Bezeichnung: **Bebauungsplan „Semder Eck“**

Der Geltungsbereich ist aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich.



Datengrundlage: Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation

Sollten sich bei der Planung Abweichungen an dem vorstehend dargestellten Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung vorzulegen.

Beabsichtigte Planung:

Nach den Ergebnissen einer im Jahr 2022 von Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement, Darmstadt, durchgeführten Verkehrszählung sind die Knotenpunkte der Bundesstraße B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bzw. überlastet. Hessen Mobil strebt daher eine bestandsnahe Ertüchtigung des Knotenpunktes der B 45 mit der Landesstraße L 3115 (Semder Kreuz) an, um hier eine ausreichende Leistungsfähigkeit der B 45 sowie einen barrierefreien Ausbau der beiden Bushaltestellen „Groß-Umstadt/Abzweig Semd“ an der B 45 zu ermöglichen.
Diese Maßnahmen sollen kurzfristig umgesetzt werden, unabhängig von den derzeit laufenden Planungen und Untersuchungen für den erst langfristig zu erwartenden mehrstreifigen Ausbau der B 45 zwischen der B 26 und der Hans-Böckler-Straße in Groß-Umstadt.

In mehreren Gesprächen zwischen Hessen Mobil und der Stadtverwaltung hat sich herausgestellt, dass die Baurechtschaffung für eine solche Ausbaumaßnahme am sinnvollsten über die Aufstellung eines Bebauungsplanes erfolgen sollte, da ein straßenrechtliches Planverfahren (Planfeststellungsverfahren) einen deutlich längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würde.

Im Geltungsbereich sind für die Ertüchtigung des Semder Kreuzes seitens Hessen Mobil folgende Maßnahmen geplant:

- Es ist ein Ausbau der B 45 von Südosten (Fahrtrichtung Dieburg) mit zwei Geradeausstreifen vorgesehen, ähnlich der bereits im Jahr 2021 realisierten Gegenrichtung. Die Rückeinfädelung soll ca. 150 m nach dem Knotenpunkt analog zur Fahrtrichtung Groß-Umstadt erfolgen.

- An der L 3115 ist eine Ertüchtigung in Richtung Richen bis zur vorgesehenen Anbindung des Gewerbegebietes „West“ vorgesehen. Weiter soll auf der L 3115 auf einer Länge von ca. 100 m ein separater Rechtsabbiegestreifen in Richtung Dieburg zur Verfügung stehen und auch die Geradeaus- und Linksabbiegespuren sollen separate Fahrstreifen zur Kreuzung mit der B 45 erhalten.

- Die bisher provisorischen Bushaltestellen auf beiden Seiten der B 45 sollen für den ÖPNV leistungsfähig und für die Fahrgäste sicher und barrierefrei ausgebaut werden, da hier insbesondere bei der auf der Südseite der B 45 gelegenen Haltestelle derzeit deutliche Defizite und Gefährdungspotentiale bestehen.

- Im Rahmen dieser Bauleitplanung will Hessen Mobil auch die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anpassung der Radwege im Umbaubereich schaffen.

- Als Ersatz für die Inanspruchnahme von bestehenden Gehölzen sind entsprechende Neupflanzungen und Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen.

Die geplanten Maßnahmen zur Ertüchtigung des Knotenpunktes „Semder Kreuz“ sind unabhängig von der Entwicklung des Gewerbegebietes „West“ erforderlich, tragen aber zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der äußeren Erschließung des Gewerbegebietes „West“ bei.

Der vorgesehene Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die durch die Planung beanspruchten Flurstücke bzw. Flurstücksteile einschließlich der Flächen für eine voraussichtliche bauzeitliche Flächeninanspruchnahme. Insgesamt beträgt der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Semder Eck“ ca. 5,9 ha.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Stadt für die Baurechtschaffung zuständig. Hessen Mobil übernimmt alle Kosten für die von der Stadt beauftragten Büros im Rahmen der Baurechtschaffung. Hierzu wird eine entsprechende Planungsvereinbarung zwischen der Stadt und Hessen Mobil abgeschlossen.

Für die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB werden Planentwürfe in der Verwaltung sowie auf der Internetseite der Stadt unter:
https://gross-umstadt.de/stadtentwicklung-wirtschaft/bauen-wohnen/offenlage-bebauungsplaene/ zur Einsichtnahme bereitgehalten. Hierbei wird über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, gegebenenfalls sich wesentlich unterscheidende Lösungen und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet; es wird Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung gegeben.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:
Ja 26
Enthaltung 1 (BVG)
einstimmig beschlossen

Zu TOP 5 **Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre der Stadt Groß-Umstadt für den Geltungsbereich des zukünftigen Bebauungsplanes "Auf der Warth, 5. Änderungsplan" im Stadtteil Umstadt - Verlängerung der Geltungsdauer gem. § 17 BauGB Vorlage: 210/0277/2024**

Bürgermeister Kirch erläutert die Satzung.

Eine Veränderungssperre wurde für dieses Gebiet bereits beschlossen, verbunden mit dem Auftrag den Bebauungsplan zu ändern. In den nächsten zwei Jahren soll laut Aussage des Unternehmens kein Hochregallager gebaut werden. Es wurden Gespräche mit EMS zu Alternativen geführt. Der Standort soll erhalten bleiben, Bürgermeister Kirch bittet um eine Verlängerung der Veränderungssperre um Zeit für weitere Gespräche zu gewinnen.

Stadtverordneter Funk signalisiert Zustimmung zur Vorlage.

Stadtverordneter Emmerich stellt fest das es bereits das dritte Jahr der Verlängerung ist. Er wünscht sich signifikante Information auch in einer nicht öffentlichen Sitzung und schlägt vor das ein Mitglied aus der Stadtverordnetenversammlung mit in die Schweiz fährt. BGM gibt im Ältestenrat nächste Woche weitere Infos an die Fraktionsvorsitzenden.

Stadtverordneter Kreher stimmt der Verlängerung zu, weist aber darauf hin, das mit dem betreffenden Unternehmen offen und fair und auch zeitnah über die Zukunftspläne gesprochen werden sollte.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt beschließt, die beigefügte

Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Auf der Warth, 5. Änderungsplan“ im Stadtteil Umstadt

Anlage:
Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Auf der Warth, 5. Änderungsplan“

Abstimmungsergebnis:
Ja 27
einstimmig beschlossen

Zu TOP 6 Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung)
Vorlage: 320/1384/2024

Bürgermeister Kirch berichtet zur Vorlage. Es werden momentan alle Satzungen überprüft, so auch die Verwaltungskostensatzung. Diese regelt die Kosten von Dienstleistungen der Verwaltung. Bei der Satzung wurde sich an Vergleichskommunen in Südhessen und an der Mustersatzung des Hessischen Städte und Gemeindebunds orientiert.
Stadtverordneter Dr. Ohl berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Dieser empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.
Stadtverordnete Dr. Sauer signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Sie merkt die kritischen Worte des Bürgermeisters im Haupt- und Finanzausschuss an, in dem die Satzung auch als „Bürokratiemonster“ bezeichnet wurde. Bei der Betrachtung der Erhöhungen fällt auf, dass einige Leistungen mit sehr hohen Gebühren belegt sind, wenngleich diese eher selten abgefragt werden.
Bürgermeister Kirch nimmt hierzu Stellung. Es werden sehr viele verschiedene Leistungen mit Kostensatz versehen, ob alles immer im Verhältnis steht ist sicherlich zu hinterfragen. Die Verwaltung hat das Ziel leistungsorientiert abzurechnen und nicht auf alle Steuerzahler pauschal.

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) und das Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung, das Bestandteil der Verwaltungskostensatzung ist, werden in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Ja 27
einstimmig beschlossen

Zu TOP 7 **Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2018**
Vorlage: 340/0167/2024

Eine kurze Erläuterung hierzu erfolgte bereits unter den Mitteilungen des Magistrats.

Beschluss:

Der Schlussbericht des Revisionsamtes des Landkreises Darmstadt – Dieburg über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Groß-Umstadt für das **Haushaltsjahr 2018** wird gem. § 113 HGO zur Kenntnis genommen.

Die vom Revisionsamt geprüfte Jahresrechnung der Stadt Groß-Umstadt für das Jahr 2018 wird gem. § 114 Abs. 1 HGO hiermit beschlossen.

Die während der Aufstellungsphase entstandenen überplanmäßigen Ausgaben im Ergebnishaushalt:

- Im Budget 1 Gemeindeorgane in Höhe von 71.444,61 EURO
- Im Budget 8 Brandschutz in Höhe von 187,73 EURO

sowie durch die Zentralisierung und Umstellung der Kredittilgung im Budget 6 und 15 entstandenen Ansatzüberschreitungen im Bereich der Tilgung:

- Im Budget 6 Zentrale Finanzdienstleitungen in Höhe von 1.838.025,20 EURO
- Im Budget 15 Energie, Umwelt, Naturschutz in Höhe von 929,48 EURO

werden beschlossen. Die Deckung war gewährleistet durch die Unterschreitung in den Budgets 18 - 20, in denen die Planung 2018 veranschlagt war. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Bemerkung der Revision auf Seite 15 des Berichtes.

Zusammen mit der Jahresrechnung 2018 wird der Übertragung der Haushaltsausgabereste in Höhe von 19.242.872,00 EURO in das Jahr 2019 zugestimmt.

Gem. § 114 Abs. 1 HGO wird dem Magistrat Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Ja 27
einstimmig beschlossen

Zu TOP 8 **Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: 340/0168/2024

Eine kurze Erläuterung hierzu erfolgte bereits unter den Mitteilungen des Magistrats.

Beschluss:

Der Schlussbericht des Revisionsamtes des Landkreises Darmstadt – Dieburg über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2019 wird gem. § 113 HGO zur Kenntnis genommen.

Die vom Revisionsamt geprüfte Jahresrechnung der Stadt Groß-Umstadt für das Jahr 2019 wird gem. § 114 Abs. 1 HGO hiermit beschlossen.

Die während der Aufstellungsphase entstandenen überplanmäßigen Ausgaben im Ergebnishaushalt:

- Im Budget 1 Gemeindeorgane in Höhe von 2.801,40 EURO
- Im Budget 4 Hallen und Säle in Höhe von 21.772,73 EURO
- Im Budget 14 Gebäudemanagement in Höhe von 83.914,38 EURO

sowie

- Im Budget 6 Zentrale Finanzdienstleitungen in Höhe von 333.672,32 EURO
- Im Budget 15 Energie, Umwelt, Naturschutz in Höhe von 934,13 EURO

werden beschlossen. Die Deckung war gewährleistet durch die Unterschreitung in anderen Budgets. Die Überschreitung des Budgets 6 resultiert aus einer Umschuldung, die durch die Einzahlung des neu aufgenommenen Kredites gedeckt war. Wir verweisen auf die Bemerkung der Revision auf Seite 16 und 17 des Berichtes zur Prüfung.

Zusammen mit der Jahresrechnung 2019 wird der Übertragung der Haushaltsausgabe-reste in Höhe von 27.997.998,44 EURO in das Jahr 2020 zugestimmt.

Gem. § 114 Abs. 1 HGO wird dem Magistrat Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Ja 27
einstimmig beschlossen

Zu TOP 9 **Priorisierte Umsetzungsbeschlüsse von Maßnahmen des fortgeschriebenen Klimaschutzkonzeptes 2013-2017 gemäß Beschluss der 24. Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2013 (Top 7)**
Vorlage: 940/0010/2024

Bürgermeister Kirch berichtet zur Vorlage. In Groß-Umstadt wird sich bereits seit vielen Jahren mit den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung beschäftigt. Im Jahr 2013 wurde ein Klimaschutzkonzept auf den Weg gebracht, weit vor dem Kreis Darmstadt Dieburg. Man sei ambitioniert in die Umsetzung hineingegangen, in vielen Bereichen hat man einiges umsetzen könne, z.B. bei der Energieeinsparung im Zuge der Abwasserreinigung. Beim Ausbau von Ladesäulen ist die Stadt ganz vorne im Landkreis dabei, es wurden Diensträder angeschafft, und in der Öffentlichkeitsarbeit bei der Beratung der Bürger Schwerpunkte gesetzt. Dabei sind andere Dinge auf der Strecke geblieben. Der offene und transparente Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung, stellt gleichzeitig fest, dass ein einfaches weiterarbeiten nicht erfolgsversprechend wäre. Die Verwaltung schlägt daher eine Priorisierung der Punkte vor.

Stadtverordneter Dr. Ohl berichtet aus den Beratungen des KUE sowie von dem Wunsch des Ausschusses einen Workshop zu veranstalten, um alle Amtsträger entsprechend abzuholen, fachlichen Input zu geben und um dann über eine Priorisierung zu beraten.

Der TOP 9 „Priorisierte Umsetzungsbeschlüsse von Maßnahmen des fortgeschriebenen Klimaschutzkonzeptes 2013-2017 gemäß Beschluss der 24. Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2013“ wird zurück in den KUE überwiesen um ihn sachlich und fachlich aufzuarbeiten und dann erneut in der Stadtverordnetenversammlung über den TOP abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

Zu TOP 10 **Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Duschmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr in allen Stadtteilen**
Vorlage: Grü/0035/2024

Der Antrag Grü/0035/2024 wird durch den Änderungsantrag Grü/0036/2024 ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung

Zu TOP 10.1 **Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Duschmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr in allen Stadtteilen vom 07.10.2024**
Vorlage: Grü/0036/2024

Stadtverordnete Sagnelli-Reeh stellt den Änderungsantrag vor.

Stadtverordneter Donig bezeichnet die Intention des Antrags als richtig. Er bittet darum keinen weiteren runden Tisch zu machen, das Thema solle in dem entsprechenden Ausschuss weiter beraten werden.

Stadtverordneter Münch wundert sich über den Antrag. Duschmöglichkeiten seien nicht in der Feuerwehr, sondern vielmehr am Einsatzort notwendig. Auch er möchte keinen Workshop oder runden Tisch.

Stadtverordneter Dr. Ohl bekräftigt die grundsätzliche Notwendigkeit aktiv zu werden, auch seine Fraktion sieht ist dagegen, dass dies in Form eines runden Tisches erfolgen sollte. Das Thema kann auch im Ausschuss behandelt werden.

Stadtverordnete Dr. Sauer stimmt den vorangegangenen Argumentationen von SPD, BVG und CDU zu.

Die Sitzungen wird von 21:20 Uhr - 21:23 Uhr aufgrund von Beratung der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen unterbrochen.

Der Änderungsantrag der Grünen wird wie folgt angepasst:

Beschluss:

Den Feuerwehren soll die Möglichkeit gegeben werden sich innerhalb von 90 Minuten nach einem Einsatz zu duschen um eine Erkrankung durch toxische Stoffe zu vermeiden. Zur Umsetzung des Beschlusses wird im Haupt- und Finanzausschuss mit Vertretern der Feuerwehr gesprochen. In diesem Rahmen wird eine praktikable, gesetzeskonforme und bezahlbare Lösung erarbeitet, die der Stadtverordnetenversammlung zusammen mit einem entsprechenden Finanzierungsvorschlag zur Entscheidung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:
Ja 27
einstimmig beschlossen

Zu TOP 11 **Anregungen und Mitteilungen**

Stadtverordneter Alfonso Muñoz möchte mit Blick auf die Diskussion im Energie Ausschuss auf die Berichterstattung „Umstadt hinkt hinterher“ im Darmstädter Echo hinweisen. Im Artikel wurde festgestellt, dass die Erfahrungen vom Umstädter Bruch nichts nutzen würden. Rot-Grün hatte damals den Antrag gestellt, Alfonso Muñoz betont, diesen Antrag weiterhin zu verfolgen um Energie da weiterhin zu nutzen wo dies möglich ist.

Bürgermeister Kirch bestätigt, das Ziele aus dem Jahr 2013 so bis 2030 nicht erreicht werden, hier sei Kontinuität nötig.
Die Überlegung eines Quartiers Speichers sollte auch in weiteren Neubaugebieten erfolgen, dies ist aber nicht erfolgt. Wichtig sei es sich dies bei Bebauungsplänen wieder bewusst zu machen.

Stadtverordneter Bock fragt an zum Verkehr im Bereich Krankenhaustraße und Zimmerstraße. Er fragt nach dem zeitlichen Ablauf hier evtl. Fahrbahnmarkierungen anzubringen, hier seien manche Kreuzungen nicht einsehbar.

Bürgermeister Kirch sagt zu, einen genauen Zeitplan noch nachzuliefern. Viele der momentan angeordneten Maßnahmen seien bewusst vorübergehend um Erfahrungen zu sammeln. Anwohner wurden informiert, eine Emailadresse wurde eingerichtet wo Feedback gesammelt wird. Anfang nächsten Jahres werde die Situation dann evaluiert.
Herr Kreher erkundigt sich nach dem Sachstand der kommunalen Wärmeplanung.

Bürgermeister Kirch führt aus, dass ein Unternehmen mit der Eignungsprüfung beauftragt wurde. Das Stadtgebiet wird danach analysiert, welche Gebiete in Betracht kommen, eine Firma ist mit der Analyse beauftragt.

Stadtverordnetenvorsteher Handschuh schließt die Sitzung um 21:35 Uhr.

Heiko Handschuh	Bastian Junkermann
Stadtverordnetenvorsteher	Schriftführung